



LÄRMPAUSEN AM FRANKFURTER FLUGHAFEN

Chance für mehr Ruhe

Die Lärmbelastung rund um den Frankfurter Flughafen ist enorm. Der Ausbau, gegen den wir GRÜNE uns immer gewehrt haben, hat die Situation für viele Anwohnerinnen und Anwohner noch einmal verschlechtert. Weil er sich nicht mehr rückgängig machen lässt, setzen wir GRÜNE uns schon lange dafür ein, die Anwohnerinnen und Anwohner so stark zu entlasten wie möglich. Wir wollen insbesondere dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen nachts länger Ruhe haben. Eine Chance für dieses Ziel liegt in den von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir vorgestellten Modellen für siebenstündige Lärm pausen. Dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium ist es gelungen, für einen technisch hoch komplexen Sachverhalt in Gesprächen mit Fraport, Lufthansa und Deutscher Flugsicherung praktikable Modelle zu erarbeiten, die den Menschen rund um den Flughafen eine Entlastung von Fluglärm bringen.

Siebenstündige Nachtruhe

Die verschiedenen Modelle für Lärm pausen sehen vor, ergänzend zum Nachtflugverbot eine weitere Regulierung des Flugverkehrs von 22 bis 23 und von 5 bis 6 Uhr vorzunehmen.

Inhalt

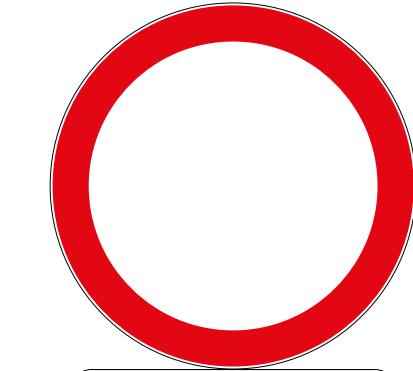
Waldpolitik	2
Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)	3
Öko-Aktionsplan	4
Härtefallkommission	5
Wohnraumförderung	6

In dieser Zeit sollen wechselnd unterschiedliche Start- und Landebahnen nicht genutzt werden. Die Idee ist, in der Kombination aus Nachtflugverbot und den weiteren Regulierungen zu siebenstündigen Lärm pausen zu kommen – für einen Teil der Anwohner von 22 bis 5 Uhr, für den anderen Teil von 23 bis 6 Uhr. Damit hätten die Menschen, die unter den entsprechenden An beziehungsweise Abflugschneisen leben, eine Stunde mehr Ruhe.

Die vorgestellten Modelle für siebenstündige Lärm pausen entlasten unterschiedliche Kommunen verschieden stark und haben jeweils Vor- und auch Nachteile – beispielsweise sind sie unterschiedlich anfällig für Wetter einflüsse. Im Dialog mit den Anrainer kommunen geht es nun darum, dass alle Beteiligten über ihre jeweiligen örtlichen und politischen Interessen hinweg gemeinsam die Lösung suchen, die den Menschen in der Region am meisten bringt.

Flughafenausbau war ein Fehler

Unsere Landtagsfraktion hat sich in der Vergangenheit immer gegen den Flughafen-Ausbau gewandt und vor



Lärmschutz

den Folgen gewarnt. Es gab im Landtag aber andere Mehrheiten: CDU, SPD und FDP haben den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit der damit verbundenen Lärm belastung für die Region beschlossen.

Allein: Dieser Blick in die Vergangenheit hilft den Betroffenen nicht. Als Teil der Landesregierung stehen wir vor der Aufgabe, die Folgen einer aus unserer Sicht falschen Entscheidung für die von Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger erträglicher zu machen. Das ist alles andere als einfach. Aber eines ist auch klar: Ohne die GRÜNEN in der Regierung und den schwarz-grünen Koalitionsvertrag würde es keine Ausweitung der Ruhezeiten am Flughafen geben. ■

Weitere Informationen

Frankfurter Flughafen:
→ [gruene-hessen.de/themen/
frankfurter-flughafen](http://gruene-hessen.de/themen/frankfurter-flughafen)

Informationen des Ministeriums zu den geplanten Lärm pausen:
→ laermpausen.de

FRACKING

Keine Genehmigung in Hessen

Die Rücknahme der Klage der BNK-Deutschland GmbH ist ein großer Schritt auf dem Weg, Fracking in Hessen dauerhaft zu verhindern. BNK-Deutschland wollte ursprünglich gerichtlich gegen die Entscheidung des Regierungspräsidiums Darmstadt vorgehen, das dem Unternehmen die Aufsuchung von unkonventionellem Schiefergas in Nordhessen untersagt hatte. Das Ergebnis dieser Klagerücknahme ist klar: Es gibt in Hessen keine Genehmigungen für Fracking. Fracking kann die Umwelt gefährden und die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen. Wir wollen daher, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, bereits die Aufsuchung rechtssicher unterbinden.

Bundesbergrecht ändern

Wir sind dabei in Hessen auf dem richtigen Weg. Nachdem es im Fall von BNK-Deutschland gelungen ist, Fracking zu verhindern, ist es nun an der Zeit für eine bundesrechtliche Regelung, die Fracking deutschlandweit sicher ausschließt. Wir haben in Hessen klar gemacht, dass wir kein Fracking wollen und entschieden dagegen vorgehen. Fracking kann allerdings nur mit einer Änderung des Bundesbergrechts wirksam verhindert werden. Wir unterstützen daher die Initiative unserer Umweltministerin Priska Hinz, die



gemeinsam mit Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein einen Antrag in den Bundesrat eingebracht hat, mit dem Ziel die Aufsuchung und Förderung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz umwelttoxischer Substanzen gesetzlich zu verbieten.

Sackgasse Fracking

Fracking führt in eine Sackgasse. Es schafft zusätzliche Umweltprobleme und löst unsere Energieprobleme nicht. Wir sollten alles daran setzen, dass die Energiewende mit erneuerbaren Energien gelingt. In Wind- und Solar-energie steckt noch viel Potential, das wir fördern können, ohne – wie beim Fracking – schwerwiegende Umweltschäden zu verursachen. |

Weitere Informationen

Energie und Klimaschutz:
→ gruene-hessen.de/themen/energie-und-klima

Umwelt und Naturschutz:
→ gruene-hessen.de/themen/umwelt-und-naturschutz

ASYL POLITIK

Flüchtlinge willkommen heißen

Die weltweiten Kriege und Krisen haben dazu geführt, dass derzeit so viele Menschen auf der Flucht sind wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Auch in Deutschland kommen viele Flüchtlinge an. Ihre Aufnahme und Unterstützung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich alle gemeinsam stellen müssen: der Bund, die Länder und die Kommunen. Es geht um die Aufnahme und Unterbringung von Menschen, die alles verloren haben und verzweifelt sind. Als wohlhabendes Land haben wir eine humanitäre Verantwortung, diesen Menschen zu helfen.

Maßnahmenpaket Asyl

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen in Hessen leistet das von der Landesregierung vorgestellte Maßnahmenpaket Asyl. Mit den beschlossenen Schritten nimmt die Landesregierung die Herausforderung an, die sich aus der aktuell gestiegenen Zahl von Asylsuchenden ergibt. Für die schwarz-grüne Koalition ist der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen eine humanitäre Aufgabe. Sie sieht die Menschen, die vor Krieg und Leid fliehen, nicht als Problem oder gar Bedrohung.

Zu den geplanten Maßnahmen gehört die Erhöhung der Pauschalen für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber um 15 Prozent zum 1. Januar 2015. Trotz der angespannten Haushaltslage stellt die Landesregierung zusätzliche 30 Millionen Euro für die menschenwürdige Aufnahme der Flüchtlinge zur Verfügung und wird die Kommunen damit deutlich entlasten. Außerdem unterstützen wir die Bestre-

bungen der Landesregierung, eine Ausweitung der vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten – beispielsweise in Liegenschaften des Landes und des Bundes – zu prüfen. Um die Aufnahmekapazität zu erweitern, wird darüber hinaus auch geschaut, ob die Schaffung von Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtung eine Option ist. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Vorhaben der schwarz-grünen Koalition, ein eigenständiges Konzept für die Integration junger Flüchtlinge und Zuwanderer zu erarbeiten, die bei ihrer Einreise älter als 16 Jahre sind. Durch die intensive Förderung von Deutschkenntnissen in Kombination mit sozialpädagogisch orientierter Netzwerkarbeit soll die Integration in das Schulsystem und bessere Übergänge zwischen Schule und Beruf ermöglicht werden.

Nationale Asylkonferenz

Die Bundesländer und insbesondere die Kommunen unternehmen enorme Anstrengungen, um die Betroffenen unterzubringen. Leider kommen viele in der aktuellen Situation an ihre Grenzen oder sind bereits überfordert. Der Bund muss hier stärker unterstützen. Ein gemeinschaftliches Vorgehen und abgestimmte Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen würden endlich auch eine mittel- und langfristige strategische Planung einer humanen und menschenwürdigen Flüchtlingspolitik in Deutschland ermöglichen, die nicht nur

auf aktuelle Entwicklungen und Anforderungen reagiert. Wir unterstützen daher die Einrichtung einer nationalen Asylkonferenz.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Wir versuchen auf Landesebene die Aufnahme von Flüchtlingen unkompliziert und zügig umzusetzen und setzen uns auf Bundesebene für bessere Rahmenbedingungen ein. Wir wissen aber auch, dass zu einer echten Willkommenskultur noch mehr gehört. Deshalb ist es so erfreulich, dass die Aufnahmefähigkeit in der Bevölkerung enorm hoch ist und sich so viele Menschen ehrenamtlich engagieren. |

Weitere Informationen

Integration und Migration:
→ gruene-hessen.de/themen/integration-und-migration

Informationen des Ministeriums zum geplanten Maßnahmenpaket:
→ gruenlink.de/tk7



BILDUNGSPOLITISCHE SCHWERPUNKTE

Auf dieser Seite wollen wir unsere bildungspolitischen Schwerpunkte für diese Legislaturperiode präsentieren. Wir sind überzeugt davon, dass GRÜNE Regierungsbeteiligung einen Unterschied macht – auch in der Bildungspolitik. Richtschnur ist unser bildungspolitisches Prinzip „Ermöglichen statt Verordnen“.

1 Wir investieren in Bildung - demografische Rendite bleibt komplett im System

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern nutzt Hessen die zurückgehenden Schülerzahlen nicht zur Haushaltssanierung, sondern vollständig für die Verbesserung des Bildungssystems.

2 Wir setzen die Inklusion an Regelschulen in Hessen um

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im März 2009 hat sich die Bundesrepublik Deutschland und somit auch das Land Hessen zur Umsetzung eines inklusiven Schulsystems verpflichtet. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren die Voraussetzungen insbesondere in der Grundschule so weit verbessern, dass möglichst kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung mehr abschlägig beschieden werden muss. Förderschullehrer im inklusiven Unterricht sollen in der Regel wieder dem Kollegium der allgemeinen Schulen zugeordnet werden. Wo von den Eltern gewünscht, wird das Förderschulsystem weiterentwickelt. Zudem streben wir an, mit möglichst allen Schulträgern Vereinbarungen nach dem Vorbild der „Modellregion Inklusive Bildung“ in Wiesbaden und Hochtaunus zu schließen.

Dazu passend hat zu Beginn des Schuljahrs auch der Bildungsgipfel begonnen. Erstmals in Hessen wurden zu Beginn einer Legislaturperiode alle bildungspolitischen Akteure und Fraktionen im Landtag gefragt, wie sich die Schulen entwickeln sollen. Das Ziel: eine langfristige Vereinbarung für die nächsten zehn Jahre. So erhalten die

Schulen Planungssicherheit, um sich auf die pädagogische Arbeit konzentrieren zu können.

Das erste Treffen im September hat gezeigt, dass es ein guter Weg ist, mit Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten an Bildung beteiligten Gruppen über die Bedürfnisse der Schulen zu sprechen. |

3 Wir wollen eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschulkinder von 7.30 bis 17.00 Uhr

Das Ganztagschulprogramm wird stark ausgeweitet: Allen Grundschulen wird die Aufnahme ins Ganztagschulprogramm des Landes ermöglicht und gemeinsam mit den Kommunen werden wir eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 bis 17.00 Uhr umsetzen. Sechs Pilotregionen sind bereits ausgesucht, die ab dem Schuljahr 2015/16 mit der Umsetzung beginnen. Danach wird das Programm schrittweise auf ganz Hessen ausgeweitet. Gerade in der Grundschule ist mehr Zeit zur Förderung besonders wichtig. Qualitativ hochwertige Betreuungsangebote sind zudem Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

4 Wir berücksichtigen das soziale Umfeld von Schulen und verdoppeln die Lehrerzuweisung nach Sozialindex

Schulen, die unter den Sozialindex fallen, erhalten bei der Stellenzuweisung einen Zuschlag, um insbesondere Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besser fördern zu können. Es ist geplant, die Stellen hierfür von 300 auf 600 zu verdoppeln.

5 Wir unterstützen gute Bildung von Anfang an

Durch geeignete Rahmenbedingungen für frühe Bildung tragen wir zur sozialen Gerechtigkeit bei: Kitas und Grundschulen wollen wir bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans, bei der Intensivierung ihrer Zusammenarbeit und der Einbindung der Eltern unterstützen. Kindergarten-Kinder mit Sprachförderbedarf werden wir Sprachförderangebote machen, die mit den Grundschulen abgestimmt sind. Zudem werden wir zusätzlichen Grundschulen den Flexiblen Schulbeginn ermöglichen, um Kindern die Lernzeit zu geben, die sie brauchen.

6 Wir ermöglichen mehr individuelle Förderung und mehr sozialpädagogisches Fachpersonal an Schulen

Die Stellen aus dem Sozialindex und der 105%-Lehrerversorgung können für Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Zudem wird das Schub-Projekt („Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb“) ausgeweitet. Mit ihm werden abschlussgefährdete Schülerinnen und Schüler besonders gefördert. Darüber hinaus wollen wir besonders Begabte verstärkt fördern und auch Förderangebote nach dem Vorbild der Osterferiencamps ausweiten.

JUNKTE FÜR DIE JAHRE 2014 - 2019

7 Wir nehmen den Elternwillen ernst und ermöglichen Wahlfreiheit zwischen G8 und G9

Eltern sollen für ihr Kind entscheiden können, ob es in einem verkürzten gymnasialen Bildungsgang lernt oder ein Jahr länger Zeit hat. Daher stärken wir für Gymnasien und Kooperative Gesamtschulen die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9. Die Landesregierung übernimmt eine moderierende Rolle bei der Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes von G8 und G9. Durch die bereits erfolgte Änderung des Schulgesetzes haben die Schulen nun auch für die laufenden Klassen 5 bis 7 die Möglichkeit eines Wechsels zu G9.

8 Wir schaffen neue Möglichkeiten des längeren gemeinsamen Lernens

Integrierte Gesamtschulen können künftig auch ohne Aufteilung in Kurse unterrichten. In diesen Klassen, die ausschließlich binnendifferenziert unterrichtet werden, soll die Klassengröße auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler sinken. Sowohl Schulen des gegliederten Schulwesens als auch Schulen, in denen länger gemeinsam gelernt wird, werden wir verlässlich ausstatten und ihnen pädagogische Weiterentwicklungen ermöglichen.

9 Wir lösen das Landesschulamt auf und verbessern das Unterstützungssystem für die Schulen

Für das gute Funktionieren unseres Schulsystems spielt die Schulverwaltung eine bedeutende Rolle. Wir werden das umstrittene Landesschulamt auflösen, die Schulverwaltung modernisieren und an den Bedürfnissen der Schulen ausrichten.

10 Wir nutzen Vielfalt als Chance

Wir unterstützen Schulen stärker dabei, die Herkunftssprachen von Schülerinnen und Schülern als Fremdsprache anzubieten. Kinder und Eltern fördern wir stärker beim Erlernen von Deutsch als ZweitSprache. Wir werden zudem darauf hinwirken, dass an unseren Schulen mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund arbeiten. Die Lehrkräfte unterstützen wir beim Ausbau ihrer interkulturellen Kompetenz und beim konstruktiven Umgang mit Vielfalt. Darüber hinaus werden wir den islamischen Religionsunterricht bedarfsgerecht ausbauen.

11 Wir reformieren die Lehrerausbildung und bauen die Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen aus

Lehrerbildung legt den Grundstein für gute Schulen. Wir wollen die Lehrkräfte unterstützen und die Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten verbessern. Vorgesehen sind u.a. ein freiwilliger Eignungstest für am Lehramtsstudium Interessierte, die Optimierung des geplanten Praxissemester für die Lehramtsstudierenden, Veränderungen im universitären Teil der Lehrerausbildung sowie Ausbau und Optimierung der Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und Schulleitungen.

12 Wir befreien Schulen von Bürokratie und ermöglichen ihnen mehr Selbstständigkeit

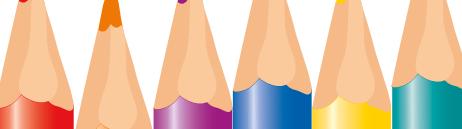
Wir wollen, dass Schulen selbst entscheiden, in welchen Schritten sie mehr Eigenverantwortung übernehmen. Das Land gewährleistet im Gegenzug Verlässlichkeit hinsichtlich der Ziele, der Unterstützungsangebote und der Ressourcen. Wir wollen zusätzlichen Schulen die Möglichkeit zur Umwandlung in Selbstständige Schulen geben und das Konzept weiterentwickeln.

13 Wir verbessern den Übergang zwischen Schule und Beruf und ermöglichen jedem jungen Menschen eine Ausbildung

Wir wollen Schülerinnen und Schülern ab der 7. Klasse die Berufsorientierung erleichtern und ihre Ausbildungsbereitschaft verbessern. Nötig ist eine Abstimmung auf schulischer und kommunaler bzw. regionaler Ebene. Um Abschluss gefährdete Schülerinnen und Schüler aufzufangen, wird das SchuB-Projekt weiterentwickelt. Warteschleifen im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf sollen abgebaut und Berufschancen eröffnet werden. Jedem jungen Menschen soll eine Ausbildung ermöglicht werden, bevorzugt im dualen System oder alternativ durch eine geförderte, praxisnahe Berufsausbildung.

14 Wir unterstützen durch Weiterbildungspakt und Hessencampus lebensbegleitendes Lernen

Mit den freien und öffentlichen Weiterbildungsträgern wollen wir einen Pakt für Weiterbildung schließen und die finanzielle Förderung verbessern. Die regionale Weiterbildungskoordination, -information und -beratung werden gestärkt.



TIERSCHUTZPOLITIK

Gute Nachrichten für Küken, Katzen und Luchse

Der Tierschutz hat für uns GRÜNE einen sehr hohen Stellenwert. Wir wissen, wie viel für den Schutz der Tiere erreicht werden kann, wenn alle an einem Strang ziehen: im gemeinsamen politischen Handeln, aber auch in unserem persönlichen Alltag. Dass der Tierschutz im Jahre 2002 endlich als Staatsziel im Grundgesetz verankert wurde, war ein großer Erfolg, für den wir lange Jahre zusammen mit Tierschutzorganisationen gekämpft haben. Jetzt haben wir in Regierungsverantwortung die Möglichkeit, Konsequenzen aus dem Staatsziel Tierschutz für den gesamten Bereich des Tierschutzrechtes zu ziehen und durchzusetzen. Dazu zählen Maßnahmen gegen nicht artgerechte Haltung und Tierquälerei sowie Maßnahmen gegen die Vernachlässigung von Tieren.

Gegen die Tötung von „Eintagsküken“

In der Legehennenzucht werden männliche Küken nicht benötigt und daher einen Tag nach dem Schlüpfen getötet. Mittlerweile stehen jedoch technische Alternativen zur Geschlechtsbestimmung im Ei vor dem Durchbruch, die eine Tötung des geschlüpften Kürens überflüssig machen. Die Universität in Leipzig forscht seit 2005 in Kooperation mit weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen und Vertretern der Wirtschaft an möglichen Methoden und deren Praxistauglichkeit. Diese könnte zukünftig auch international zur Vermeidung der Tötung männlicher Küken beitragen.

Das routinemäßige Töten aus wirtschaftlichen Gründen ist ethisch nicht akzeptabel und wird auch in der Gesellschaft nicht anerkannt. Unsere Landwirtschaftsministerin Priska Hinz hat daher veranlasst, dass eine der bundesweit größten Brüttereien für Legehennen, die in Hessen steht, eine Verfügung mit Auflagen für die Installation technischer Alternativen erhält. Außerdem unterstützen wir die Bestrebungen, sogenannte Zweinutzungs-Rassen zu züchten, die sowohl zum Eierlegen als auch für die Fleischmast geeignet sind. Damit wäre eine Geschlechtsbestimmung zukünftig nicht mehr nötig.

Verordnung zur Katzenkastration

Ein weiterer GRÜNER Erfolg für mehr Tierschutz ist die vom Kabinett beschlossene Verordnung zur Katzenkastration. Mit der Verordnung wird die Rechtsgrundlage geschaffen, mit der Städte und Gemeinden gegen die Verwahrlosung streunender Katzen vorgehen können. Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo es kommunale Regelungen gibt, die eine Katzenkastration vorschreiben, rasch zu einem spürbaren Rückgang an streu-

nenden Katzen kommt. Gleichzeitig muss die jeweilige Kommune im Hinblick auf wild oder herrenlos lebende Katzen in ihrem Verantwortungsbereich ein Konzept zur Umsetzung der Verordnung und zur Kostenübernahme entwickeln.

Die Verordnung zur Katzenkastration führt dazu, dass es weniger verwahrloste Tiere gibt. Außerdem werden dadurch die Tierheime und somit kommunalen Kassen entlastet.

Die Rückkehr der Wildtiere

Eine gute Nachricht gibt es vom wilden Verwandten der Hauskatze, dem Luchs: In den nordhessischen Wäldern findet die Wildkatze offenbar günstige Bedingungen vor und sorgt für Nachwuchs. Der Luchs steht unter strengem Naturschutz und die Entwicklung seiner Bestände in Hessen muss weiterhin intensiv beobachtet und registriert werden. Die Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen ist eine wichtige Basis dafür, Wildtiere in Hessen wieder heimisch zu machen. Sie ist darauf ausgerichtet, die Artenvielfalt in Hessen zu erhalten und auszubauen.

So langsam halten immer mehr Wildtiere wie der Luchs, aber auch die Sumpfschildkröte oder der Fischotter wieder Einzug in unsere Naturlandschaft. Das ist auch der Arbeit der engagierten Naturschützer, Forstleute und Verbänden zu verdanken, die einen wertvollen Beitrag zur Stabilität des gesamten Ökosystems leisten. ■

Weitere Informationen

Tierschutz:
→ gruene-hessen.de/themen/tierschutz

Umwelt und Naturschutz:
→ gruene-hessen.de/themen/umwelt-und-naturschutz

KONZEPT FÜR K+S-ABWASSER

| Süßwasserqualität hat oberste Priorität

Wir stehen vor der großen Herausforderung, die Werra wieder zu einem Süßwasserfluss zu machen, und unterstützen alle Maßnahmen, die an diesem Ziel des bestmöglichen Gewässerzustands orientiert sind. Derzeit ist die Wasserqualität durch Salzabwässer, die bei der Kali-Gewinnung des Unternehmens K+S entstehen, stark strapaziert. Daher ist insbesondere das Unternehmen in der Pflicht, über die bisherigen Maßnahmen hinaus seinen Beitrag zur Verbesserung der Wasserqualität zu leisten – darauf werden wir achten.

Vier-Phasen-Plan

Nach dem endlosen politischen Hickhack der vergangenen Jahre ist es unserer Umweltministerin Priska Hinz gelungen, erstmalig ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Wasserqualität in Werra und Weser vorzulegen, das alle Probleme mit einbezieht. Bisher waren beispielsweise die riesigen Halden immer ausgeklammert. Das Konzept sieht vor, mit der Umsetzung eines Vier-Phasen-Plans in Werra und Weser wieder Süßwasserqualität herzustellen. Zunächst soll bis zum Jahr 2021 mittels einer neuen technischen Anlage die

Salzabwassermenge, die bei der Kali-gewinnung entsteht, deutlich reduziert werden. Außerdem soll bis 2021 eine für eine Übergangsphase benötigte Zuleitung in die Oberweser fertiggestellt werden. Mit Inbetriebnahme der Zuleitung soll in der zweiten Phase die Versenkung von Salzabwässern in den Untergrund beendet werden. Voraussichtlich im Jahr 2032 wird die Rohsalzaufbereitung in Unterbreizbach (Thüringen) eingestellt, dies verringert die Salzabwässer weiter. In der finalen Phase zwischen 2060 und 2075 erreicht die Werra dann Süßwasserqualität. Es ist wichtig und richtig, dass das Ursacherprinzip beim Vier-Phasen-Plan konsequent umgesetzt wird. Das heißt, dass K+S die Kosten für alle Maßnahmen trägt.

Balance zwischen Ökologie und Ökonomie

Die vorgelegte Lösung hält die Balance zwischen Ökologie und Ökonomie. Wir wollen Arbeitsplätze erhalten und dem Unternehmen genug Gewinn ermöglichen, um für die Umwelt zu investieren. Dazu muss die Verpressung in den Untergrund noch einmal verlängert werden, wenn auch mit deutlich reduziertem Volumen. Das ist eine schwierige Entscheidung für uns GRÜNE, denn wir hatten auf ein Ende im Jahr 2015 gesetzt. Umso wichtiger ist es uns, dass vor der Verlängerung der Versenkungenehmigung das Unternehmen die

erforderlichen Nachweise erbringen muss, dass die Verpressung das Trinkwasser nicht gefährdet. Außerdem erwarten wir, dass weitere Versenkgenehmigungen mit einem engmaschigen Kontrollsysteem verbunden werden.

Nordsee-Pipeline leider keine Alternative

Die vom Hessischen Umweltministerium in Auftrag gegebene Ökoeffizienzanalyse der Universität Leipzig kam zu dem überraschenden Ergebnis, dass eine Nordseepipeline leider keine geeignete Alternative ist, wieder einen guten ökologischen Zustand der Werra zu erreichen.

Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass die diffusen Einträge noch sehr lange verhindern werden, dass die Grenzwerte nach der Wasserrahmenrichtlinie erreicht werden. Die diffusen Einträge stammen von den Halden und der Verpressung. Das wäre auch dann der Fall, wenn die Leitung in die Nordsee gebaut würde. Nun hat sich die auch von uns GRÜNEN lange verfolgte Pipeline mit der neuen Studie als unverhältnismäßig erwiesen. Das bedauern wir sehr.

Bei allem Bedauern dürfen wir uns aber nicht vom Ziel einer besseren Wasserqualität in Werra und Weser abbringen lassen, sondern müssen darauf hinwirken, dass schrittweise Verbesserungen erreicht werden. |

Weitere Informationen

Umwelt und Naturschutz:
→ gruene-hessen.de/themen/umwelt-und-naturschutz

Informationen des Ministeriums zum geplanten Vier-Phasen-Plan:
→ gruenlink.de/tku



Kurz notiert

Energiewende

Das war eine kraftvolle Mehrheit für die Energiewende: 100 Abgeordnete bekannten sich in namentlicher Abstimmung zum Ausbau der Windenergie und zu dem, was dazu im schwarz-grünen Koalitionsvertrag steht. Sechs stimmten dagegen – alle von der FDP. Bereits auf dem Energiegipfel, zu dem Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) in der vergangenen Wahlperiode eingeladen hatte, wurde ein großer Konsens über die Ziele der Energiewende erzielt. Dass die FDP davon nichts mehr wissen will, ist schade. Dabei hat ihr heutiger Fraktionschef Florian Rentsch die Regeln als Wirtschaftsminister selbst mit seiner Unterschrift festgelegt, gegen die die FDP jetzt abgestimmt hat.

Partikeltherapie

Gute Nachrichten aus dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM). Nach der Einigung mit der Rhön-Klinikum AG wird es künftig ein Partikeltherapiezentrum in Marburg geben. Auch dank unserer Geduld bei den Verhandlungen können nun ab 2015 endlich krebskranke Patienten am Marburger Klinikum behandelt und der Forschungsstandort gestärkt werden.

Mietpreisbremse

Besonders in Großstädten, Ballungsgebieten und Universitätsstädten werden bezahlbare Wohnungen immer knapper. Das soll die Kappungsgrenzenverordnung der Landesregierung, umgangssprachlich Mietpreisbremse, verhindern helfen. Die Verordnung ist

aus unserer Sicht ein wichtiges Instrument, um den weiteren Anstieg von Mieten zu bremsen und damit bezahlbaren Wohnraum in Ballungsregionen zu erhalten. Sie hilft den Menschen, die Wohnraum brauchen, und sie hilft den Kommunen, in denen der Mietpreisdruck besonders stark ist, Wohnraum zu fairen Preisen zu gewährleisten. |

Impressum

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

V.i.S.d.P.

Angela Dorn
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion Layout und Gestaltung

Till Haupt, Volker Schmidt,
Sebastian Wanner

KINO-DIGITALISIERUNG

Happy End im Programmkino

Es war spannend wie im Film. Die bedrohten Hauptfiguren waren diesmal aber keine Schauspieler, sondern die Kinos selbst. Die Gefahr ging auch nicht von Godzilla oder Voldemort aus, sondern von Bits und Bytes: Statt Filmrollen versenden die Filmverleihe fast nur noch digitale Kopien der Filme. Die Umrüstung der Säle auf die digitale Technik kostet die Kinos viel Geld. Gerade manches

kleine Kino kann sich das kaum leisten. Die Landesregierung hat daher die Förderung der Digitalisierung von Kinos erweitert und so einen großen Beitrag dazu geleistet, dass kleine Programmkinos weiter bestehen können. Zusätzlich zu Mitteln, die die Europäische Union und die Bundesregierung dazu bereit stellen, hat sie auch eigenes Geld in die Hand genommen, um die kleinen Kinos zu retten.

Das Förderprogramm des Hessischen Wirtschaftsministeriums wird aus Mitteln des europäischen Regionalfonds (EFRE) finanziert, ergänzt von Mitteln des Bundes. Die Kinos, die die Förderkriterien

bisher nicht erfüllten, erhalten nun anstelle der Mittel des Bundes Geld vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst als EFRE-Kofinanzierung. |

Zukunft kleiner Kinos sichern

Es freut uns sehr, dass auch kleinere Kinos insbesondere im ländlichen Raum so ihre Kinosäle auf digitale Technik umrüsten und ihre Zukunft sichern können. Dass auch diese Kinos von den Zuschüssen profitieren, war uns besonders wichtig, da sie teilweise die einzigen Kultureinrichtungen in ihrer Umgebung sind. Bedrohung besiegt – Happy End. |

Hintergrund

Insgesamt hat das Land seit 2011 die Umstellung von rund 60 Kinos in ganz Hessen auf digitale Vorführtechnik gefördert. Doch der Haken bestand im Kriterienkatalog der Förderer, den einige Spielstätten in Hessen nicht erfüllen. Eine Vorgabe von mindestens 8.000 Zuschauern im Jahr konnten diese kleinen Kinos auf dem „flachen Land“ nicht erzielen.